



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

No 68.

Dienstag den 21. März

1843.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 23 des Beiblattes der Breslauer Zeitung, „Schlesische Chronik“, ausgegeben. Inhalt: 1) Ueber den wahrscheinlichen Einfluß des Censurgesetzes vom 4. und 23. Februar auf die provinzielle Presse. 2) Korrespondenz aus Striegau, Waldenburg, Glogau. 3) Tagesgeschichte.

Diejenigen Petitionssteller, welche nicht selbst Mitglieder der Provinzial-Stände-Versammlung sind, mache ich hierdurch darauf aufmerksam, daß, nachdem mit Allerhöchster Genehmigung die Haupt-Resultate der ständischen Beratungen und Beschlüsse schon während der Dauer des Landtags durch die Zeitungen zur Kenntniß des Publikums gelangen, dieselben, nach dem Beschluß des sechsten Provinzial-Landtages, keine besondere Bescheide auf ihre Petitionen zu erwarten, sondern das Ergebnis der Berathung über dieselben nur aus den Zeitungen zu entnehmen haben.

Breslau, den 20. März 1843.

Der Landtagsmarschall

(gez.) Heinrich Fürst zu Carolath-Beuthen.

Bekanntmachung.

die Ausgabe der neuen Staatsschuld-scheine nebst Coupons betreffend.

Donnerstag den 23. März d. J., Vormittags von 9 bis 1 Uhr, werden die neuen Staatsschuld-Scheine vom Jahre 1842 an die hiesigen Inhaber der mit Journal-Nr. 1642 bis incl. 1707 bezeichneten Duplikats-Listen, in dem Geschäfts-Lokale der Regierungshaupt-Kasse von dem Herrn Landrentmeister Grust in vorchriftsmäßiger Art ausgehändigt werden.

Breslau, den 20. März 1843.

Königliche Regierung.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Preußen.

Königsberg, 12. März. In der zweiten Plenar-sitzung kam die Allerhöchste Proposition, betreffend die Verordnung zur Ergänzung der Vorschriften über die Wählbarkeit zu Landrathskämtern, zur Berathung, welche zum Zweck hat bei den Landrathswahlen der Berücksichtigung solcher Gutsbesitzer, deren Interesse mit dem ihrer Kreise auf eine dauernde Weise verbunden ist, eine verstärkte Gewähr zu verleihen und den Uebelständen abzuhelfen, welche aus einer Umgehung der eigentlichen Absicht der gesetzlichen Vorschriften sich ergeben haben. Es begann die Erörterung mit der Frage, ob das Bedürfnis einer solchen Verordnung, welches nach Inhalt der mitgetheilten Motive in der Rheinprovinz zur Sprache gebracht ist, allgemein und namentlich in hiesiger Provinz stattfindet.

Diese Frage wurde einerseits bejaht, weil nach der bestehenden Gesetzgebung und nach alt hergebrachter Ordnung den Ständen das Recht beizubehalten, aus ihrer Mitte den Landrath zu wählen und dasselbe illusorisch werde, sobald es umgangen werden könne. Maßregeln hingegen seien umsomehr Bedürfnis als es allerdings wünschenswerth wäre, daß der Landrath längere Zeit als Grundbesitzer im Kreise gelebt habe, von den Bewohnern desselben gekannt und mit deren Verhältnissen vertraut sei. Nur ein mit dem praktischen Betriebe des Landbaues bekannter Kreisvorstand könne den dienstlichen Anforderungen in allen Beziehungen genügen, die Bedürfnisse der Grundbesitzer erkennen und deren Vertrauen erwerben. Daß auch in hiesiger Provinz durch Scheinkäufe oder bedingte Käufe von Rittergütern vorübergehender Grundbesitz erworben und darauf eine Landrathswahl gegründet wäre, könne nicht in Abrede gestellt werden. Sonach stelle sich das Bedürfnis einer solchen Verordnung heraus, und man hoffe dasselbe dadurch befriedigt zu sehen.

Hierauf wurde entgegnet, daß einzelne Fälle dieser Art noch keinesweges das Bedürfnis einer allgemeinen Maßregel darthäten, umfoweniger, als man annehmen könne, daß diese Fälle nur da eingetreten wären, wo es an Rittergutsbesitzern gefehlt habe, welche ein Landraths-

amt zu übernehmen geeignet oder geneigt gewesen. Im entgegengesetzten Falle könne man mit Sicherheit annehmen, daß die Wahl jederzeit und zunächst auf Gutsbesitzer fallen werde, welche längere Zeit im Kreise gelebt und sich des Vertrauens der Wähler würdig gezeigt haben. Wo dies aber nicht möglich sei, und sich der Blick der Wähler auf andere Personen richten müsse, dürfe im Allgemeinen nicht bezweifelt werden, daß Letztere mit dem Vertrauen der Stände beehrt und durch die königl. Behörden geprüft, sehr geeignete Landräthe sein würden. Mehrere Fälle dieser Art wären allgemein bekannt. Der nothwendige Erwerb eines nach der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 23. März 1839 nicht mehr aufzugeben den Grundbesitzes gewähre vollständige Bürgschaft, daß der Landrath die ständischen und landwirthschaftlichen Interessen des Kreises nicht verkennen werde, und man könne sich auf keine Weise davon überzeugen, daß durch Ankäufe kurz vor der Wahl und selbst durch bedingungsweise Käufe vom Geiste der bestehenden Verfassung abgewichen werde. Scheinkäufen aber sei durch die erwähnte Allerhöchste Kabinettsordre bereits genügend vorgebeugt. Wenn hienach das Bedürfnis der Verordnung nicht anerkannt werde, so finde man noch weniger, daß dieselbe den beabsichtigten Zweck erreichen könne. Es gäbe so viele Mittel und Wege, Scheinkäufe und Käufe mit Bedingungen zu negociiren, daß in dieser Beziehung allen Eventualitäten schwer vorzubeugen sei.

Ferner fand man, daß bei einer noch größern Beschränkung der Wählbarkeit häufiger als bisher das Devolutionsrecht der königl. Behörde geltend gemacht werden würde, welches bekanntlich eintrete, sobald ein Kreis nicht geeignete Kandidaten vorzuschlagen wisse. Es werde hierin eine Beschränkung der bisherigen ständischen Befugnisse erblickt, welche sehr empfindlich werden könnte, da in wenigen Kreisen drei Rittergutsbesitzer aufzufinden sein möchten, welche seit längerer Zeit im Besitz und ebenso geeignet als geneigt sein würden, ein Landrathsamt zu übernehmen.

In Folge der von den angeführten Gründen ausgehenden Debatte beschloß der Landtag mit 88 Stimmen gegen 6 Stimmen, Sr. Maj. den König mit der Bitte anzugehen, die bisherigen Verordnungen in Betreff der Landrathswahlen auch ferner unverändert bestehen zu lassen.

Demnächst kam die Allerh. Proposition, betreffend die zum Zwecke einer Auseinandersetzung eingeleiteten Subhastationen, zur Berathung. Die wohlthätige Absicht derselben, welche dahin geht, daß die zu dem benannten Zwecke eingeleiteten Subhastationen den Miteigenthümern gegenüber zwar die Folgen einer nothwendigen Subhastation haben sollen, daß jedoch die Rechte der eingetragenen Gläubiger, der Pächter, Miether u. d. durch nicht alterirt werden dürften, wurde allgemein anerkannt. Die Versammlung erklärte einstimmig, daß der vorliegende Gesekentwurf einem vielfach bemerklich gewordenen Uebelstande abzuhelfen werde. Dasselbe Ergebnis hatte die Berathung über die Allerh. Proposition wegen Belassung des Bettwerks für den Schuldner und seine nächsten Angehörigen bei allen Arten von Exekutionsvollstreckungen, und wurde einstimmig beschlossen, auf die Emanation beider Gesekentwürfe in der, der wohlthätigen Absicht Sr. Königl. Majestät völlig entsprechenden vorliegenden Fassung anzutragen.

Ferner wurde eine Petition berathen, in welcher der Umstand näher ausgeführt war, daß in vielen Fällen ein gesetzlicher Zwang obwalte, Eigenthum den vom Staate bestellten Beamten anzuvertrauen, daß dasselbe mitunter durch Berunterung und Fahrlässigkeit Letzterer verloren gehe und in solchen Fällen den Beschädigten ein Regressanspruch nur an die Beamten zustehe, bei der

Vermögenslage dieser in der Regel aber illusorisch sei. Die hieraus für den Betheiligten entstehende Gefahr sei um so größer, wenn aus ökonomischen Rücksichten die Pensionirung unfähiger, altersschwacher und sonst unzuverlässiger Beamten hinausgeschoben werde, und es erscheine dadurch der Antrag gerechtfertigt, daß in solchen Fällen, welche besonders häufig bei Depositalbeamten, Lootsen u. d. eintreten, der Schadenersatz vom Staate geleistet, und ein gültiger Regressanspruch an diesen gesetzlich anerkannt werden möge. — Es wurde in der Versammlung bestritten, daß die Garantie des Staates in solcher Allgemeinheit anerkannt werden dürfe, indem namentlich bei dem durch Lootsen u. d. verursachten Schaden der Begriff eines schuldhaften Verschens, so wie der Beweis einer dadurch herbeigeführten Beschädigung in der Regel schwer festzustellen sei. Dagegen wurde der Antrag in Betreff der Beamten der Depositorien und ähnlicher Anstalten, zu deren Benutzung eine zwangsweise Verpflichtung stattfindet, unterstützt. Es wurde zwar bemerkt gemacht, daß dem Publikum bei der Sicherstellung in Depositorien nicht aller Einfluß entzogen sei, indem der Deponent die Befugniß und Verpflichtung habe, zur Sicherstellung seines Eigenthums Vorschläge zu machen, und erst, wenn dies binnen sechs Wochen nicht geschehen, das betreffende Gericht bestimme. In dessen erklärte sich die Versammlung einstimmig dafür, bei Sr. Majestät darauf anzutragen, daß in den erwähnten Fällen der Regressanspruch an den Staat verstatet werde.

Die neue Censur-Gesetzgebung.

(Erster Artikel.)

Ein mit demselben Gegenstande, dessen Erörterung wir hier beginnen, beschäftigter, aus Berlin datirter Artikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung fängt mit den inhaltschweren Worten an: „Später freilich als man sie zuerst angekündigt, aber früher als man, nachdem einmal die Verzögerung eingetreten war, sie erwartet hatte, sind die neuen Censurgesetze erschienen.“ Die Verordnung vom 18. Oktober 1819 verkündigte den Entschluß der Regierung, alle in dem Bundesgesetze vom 20. September 1819 ausgesprochenen Verabredungen und Bestimmungen auszuführen und über die strenge Befolgung derselben wachen zu lassen. Wie aber dieses Bundesgesetz durch die Voraussetzung in das Leben gerufen wurde, daß sich die in einem großen Theile von Deutschland herrschende unruhige Bewegung und Gährung der Gemüther, welche sich seit einigen Jahren von Tag zu Tag vernehmlicher angekündigt, zuletzt in unverkennbaren Symptomen, in Aufruhr predigenden Schriften, in weit verbreiteten Verbindungen, selbst in einzelnen Greuelthaten offenbart habe, wie, so wiederholen wir, jene bis jetzt als das Pressgrundgesetz in Kraft verbliebene Verordnung unter dem direkten Einflusse zeitiger Verhältnisse und Zustände entstand, muß man auch annehmen, daß die, nach der einmal eingetretenen Verzögerung früher, als man erwarten mußte, erfolgte Ausführung des neuen Censur-Gesetzes durch zeitige Verhältnisse und Zustände begründet ist. In der That ist die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt worden, ihre Pläne und Entwürfe in Beziehung auf die Presse definitiv abzuschließen, vielleicht hastiger, als es unter anderen Verhältnissen geschehen wäre. Das Circulare an sämtliche königliche Ober-Präsidien vom 24. Dezember 1841, basirt auf eine Allerhöchste Kabinettsordre vom 10. e. m., welche jeden ungebührlichen Zwang der schriftstellerischen Thätigkeit ausdrücklich mißbilligte, den Werth und das Bedürfnis einer freimüthigen und anständigen Publizität anerkannte und durch Herbeiführung einer größeren Gleichförmigkeit bei Ausübung der Censur die

Presse von unstatthaften Beschränkungen zu befreien befohlen, hat Konflikte herbeigeführt, welche ein längeres Provisorium nicht duldeten. Censoren und Schriftsteller interpretirten zwar das Maß der neu zu vergönnten und wirklich vergönnten Freiheit in verschiedenartigem Sinne, als die letzteren sich auch bei denjenigen Produktionen, die von den Censoren in Erfüllung des Circulars nach ihrer Auslegung nicht verstatet wurden, auf den Geist und die Tendenz dieses Circulars berufen zu dürfen meinten. Sie klagten nach wie vor über Beschränkung der schriftstellerischen Thätigkeit; sie beschwerten sich über eine engherzige Unduldsamkeit der Censoren, und wiesen dabei stets auf die Allerhöchste Kabinettsordre vom 10. Dezember 1841 als das rechtliche Fundament ihrer gerechten Klagen und Beschwerden hin. Hierin lag nicht der eigentliche Konflikt. Wir finden ihn vielmehr da, wo Censoren und Schriftsteller in der Interpretation des Circulars übereinstimmten. Denn auf Grund dieser Uebereinstimmung erschienen Publikationen, welche demungeachtet die ausdrückliche Mißbilligung der höchsten Behörden erfuhren. Die Rheinische Zeitung wurde inhibirt, obgleich alles in ihr später als verderblich und verwerflich Erklärte die Censur passirt war. Andere Zeitungen wurden von unzweideutigen, verschärften Maßregeln betroffen, obgleich ihr Inhalt nur deshalb existirte, weil ihn die Uebereinstimmung des Censors und Schriftstellers in Auslegung des Circulars verstatet hatte. Die Motive des Verbotes der Leipziger Allgemeinen Zeitung zeigten klar, daß die Regierung fest entschlossen sei, keine Thätigkeit der Presse zu dulden, welche die erlaubte Freiheit fahrlässig oder böswillig irgendwie überschreite oder nur versuche, dieselbe auszudehnen, um sie ihren Richtungen — statt umgekehrt ihre Richtungen der erlaubten Freiheit — anzupassen. Konnte die Regierung bei dem Erlaß des Circulars diese Konflikte voraussehen? Konnte sie wissen, daß es ihr nach kurzer Dauer unmöglich sein werde, die plötzlich an die höchsten Interessen des Landes gewiesene Publizität so lange unter dem Schutze des Circulars sich entfalten und reifen zu lassen, bis sie für dieselbe das verheißene, große organische Preßgesetz, eine Arbeit, deren langsame und auch langwierige Vollendung begreiflich erscheint, zu Stande gebracht haben würde? Wie sehen nicht an, die Frage zu verneinen. Die erhabenen und großherzigen Absichten des Monarchen in Beziehung auf die vaterländische Presse gingen aus dem Circular deutlich und unverkennbar hervor. Ihr Werth und ihr Bedürfnis wurde offen anerkannt, die freimüthige Besprechung auch der inneren Angelegenheiten für sehr wohl verstatet erklärt; die ernsthafteste und bescheidenste Untersuchung der Wahrheit sollte nicht gehindert, den Schriftstellern kein ungebührlicher Zwang auferlegt, der freie Verkehr des Buchhandels nicht gehemmt werden; die Würdigung der Staatsverwaltung im Ganzen oder in einzelnen Zweigen, die Prüfung erlassener oder noch zu erlassender Gesetze nach ihrem inneren Werthe, die Aufdeckung von Fehlern und Mißgriffen, die Anbeutung von Verbesserungen und Vorschläge zu solchen, mochte sich bei allen diesen Arbeiten immerhin ein anderer Sinn als der der Regierung geltend machen wollen, wurde der preussischen Presse als Stoff zugeheilt. Welch ein Feld für die Intelligenz einer Nation, welche eine Waffe, um für ihre wichtigsten Güter kämpfend aufzutreten! Kann man sagen, daß jene erhabene, edle und großherzige Absicht von der Presse nirgends verkannt und verunstaltet, daß die neue Freiheit nirgends zur tyrannischen Anmaßung über die Nation und selbst zur Spekulation gemißbraucht, daß nirgends mit einer bald spitzfindigen, bald plumpen politischen Eitelkeit und Rechthaberei auf den Theil des Volkes gewirkt worden ist, dessen noch nothwendige geistige Erweckung und Entwicklung durch die Deffentlichkeit nicht bestritten wird? Die Karikaturen wurden freigegeben, und die Industrie griff schnell die Religion, die persönliche Ehre und die gute Sitte mit ihren frivolsten und schmutzigen Händen an; sie schlug uns die Freiheit mit den Fäusten eines Boxers todt, dem es gleichgiltig ist, wohin er trifft, wenn er nur trifft. Es hat sich keine Stimme gegen die Wiederaufhebung der Karikaturen-Freiheit aus einem anderen Grunde erhoben, als etwa dem, daß es schade um den Verlust an Deffentlichkeit sei, welchen man durch die Aufhebung unzweifelhaft erleide. Die Mißbräuche und Ausartungen der Presse sind entschuldigt worden, wir wissen es. Man berief sich auf eine naturgemäße Entwicklung jeder Freiheit, auf die Absonderung und Ausstoßung von unlauteren Elementen, welche jeden Gährungsprozeß begleiten müsse. Wir lassen der Entschuldigung ihr volles Recht angedeihen. Sie ist wohl begründet. Wir sind auch nicht, wie es wohl schon geschehen ist, geneigt, unsere Presse für unfähig zur Freiheit zu erklären, und sie, weil sie in ihrem ersten Anlaufe und Schwunge vielfach ohne Mäßigung, ohne Takt und Besonnenheit handelte, unter eine immerwährende administrative Curatel zu stellen. Aber wir finden die Schranken wenigstens nicht ungerechtfertigt, welche ihr die Gesetzgebung jetzt wiederum setzen zu müssen meinte, um so weniger,

weil ihr innerhalb derselben große und vielfagende Garantien, überhaupt ein Boden des Rechtes gegeben worden ist. Alle diese Umstände, welche die vielleicht schnellere Vollendung der neuen Preßgesetzgebung, in wie weit sie aus der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 4. Februar, der Censur-Instruktion vom 31. Januar und der Verordnung über die Organisation der Censur-Behörden vom 23. Februar d. J. besteht, bedingt haben, waren bei ihrer Betrachtung vornweg nicht außer Acht zu lassen.

Inland.

Berlin, 18. März. Dem Vermessungs-Revisor Nernst zu Bessin auf der Insel Rügen ist unter dem 15. März 1843 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Vorrichtung, die Kräufling des Wollhaars zu messen, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Die in der Gesetz-Sammlung enthaltene Allerhöchste Kabinettsordre wegen Ausführung des unterm 29. Juli 1842 mit den Regierungen von Hannover, Kurhessen und Braunschweig abgeschlossenen (einer späteren Mittheilung von uns vorbehaltenen) Staats-Vertrages, die Regulirung der Central-Schuldverhältnisse des vormaligen Königreichs Westphalen betreffend, lautet also: „Nach Inhalt und in Folge der Kabinettsordre vom 31. Januar 1827 — Gesesammlung für 1827 S. 13 — haben Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät in billiger Berücksichtigung der sich auf das ehemalige Königreich Westphalen beziehenden Schuldforderungen den bei weitem größten Theil derselben, so weit solches ohne Mitwirkung der übrigen bei dem Westphälischen Schuldwesen theilhaftigen Staaten thunlich war, und so weit diese Forderungen die preussische Regierung angingen, aus dieseitigen Staats-Kassen berichtigen lassen. Wegen der nach der Bestimmung der Kabinettsordre vom 31. Januar 1827 sub D. a. No. 1 bis 3 zur Zeit von der Liquidation und Festsetzung ausgeschlossenen Forderungen setze Ich mit Bezugnahme auf den unterm 29. Juli v. J. mit den Regierungen von Hannover, Kurhessen und Braunschweig abgeschlossenen Staats-Vertrag, die Regulirung der Central-Angelegenheiten des vormaligen Königreichs Westphalen betreffend, hierdurch fest, daß:

- 1) die Zins-Rückstände derjenigen verbrieften, in Absicht des Kapitals bereits in preussische Staats-Schuldscheine umgeschriebenen Forderungen, welche vor Errichtung des Königreichs Westphalen kontrahirt sind, so weit dieselben die gegenwärtig preussischen Gebietstheile angehen, mithin die Zins-Rückstände von den westphälischen Reichs-Obligationen Litt. E. F. G. H. J. L. M. und N., in dem von der westphälischen Regierung reduzierten Betrage und nach der von Ihnen, dem Finanz-Minister, zu ertheilenden näheren Anweisung ausbezahlt, und
- 2) wegen der Ansprüche an die Besitzungen des ehemaligen Deutschen und Johanniter-Ordens die nach dem Artikel 20 des Staats-Vertrages vom 29. Juli v. J. getroffenen Verabredungen zur Ausführung gebracht werden sollen. Dagegen werden:
- 3) die zur Abtragung von Kriegs-Kontributionen durch die westphälischen Dekrete vom 19. Oktober 1808, 1. Dezember 1810 und 12. Juni 1812 nach Art einer Vermögenssteuer ausgeschriebenen Zwangs-Anleihen mit den dazu gehörigen Zinsen-Ansprüchen weder ganz noch theilweise anerkannt, so wie auch zur Befriedigung dieser Forderungen die Regierungen von Hannover, Kurhessen und Braunschweig in Bezug auf die von dem ehemaligen Königreiche Westphalen auf sie unmittelbar übergegangenen Landestheile jede Mitwirkung verweigert haben.

Indem Ich Sie, den Finanz-Minister beauftrage, die wegen Ausführung des Staats-Vertrages vom 29. Juli v. J. erforderlichen Einleitungen zu treffen und dabei die Bestimmungen der Kabinettsordre vom 31. Januar 1827 sub C. Nr. 6 und 7 zur Anwendung zu bringen, ermächtige Ich Sie, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Staats-Vertrag vom 29. Juli v. J. nunmehr durch die Gesesammlung zu veröffentlichen. Berlin, den 3. März 1843. — Friedrich Wilhelm. — An die Staats-Minister Frhr. von Bülow und von Bodelschwingh.

Nachstehendes ist der Inhalt der Allerhöchsten Kabinettsordre wegen Herabsetzung des Durchgangs-Zolles von dem auf der Weichsel und dem Niemen transitirenden Getreide: „Auf Ihren Bericht vom 22. v. M. bestimme Ich: daß bis zu anderweiter Regulirung der Durchgangs-Zollsätze von den auf der Weichsel und dem Niemen ein- und durch die Häfen von Danzig, Pillau oder Memel ausgehenden Getreidearten und Hülsenfrüchten, an Durchgangszoll einstweilen nur erhoben werde:

- 1) für Roggen, Gerste und Hafer, auf der Weichsel oder dem Niemen eingehend und durch die Häfen von Danzig oder Memel, auch durch Elbing oder

Königsberg über Pillau ausgehend, vom preussischen Scheffel $\frac{1}{2}$ Sgr.

- 2) für Weizen und andere unter Nr. 1 nicht genannte Getreidearten, desgleichen für Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicken und andere Hülsenfrüchte, auf denselben Strömen ein- und über die vorgenannten Häfen ausgehend, vom preussischen Scheffel 2 Sgr.
- Sie haben diesen Meinen Befehl durch die Gesesammlung bekannt zu machen. — Berlin, den 3. März 1843. Friedrich Wilhelm. — An den Staats- und Finanz-Minister von Bodelschwingh.

○ Berlin, 18. März. (v. Bülow-Cummerow's Werk. II. Band. *) Der gewährte Steuer-Erlaß von 2 Millionen Thalern auf Salz hat den Beifall des Hrn. Verfassers. Ja, er wünscht im Interesse der ärmeren Volksklassen und der Ackerbau treibenden, daß noch eine fernere Ermäßigung des Preises eintreten möge. In einer interessanten Zusammenstellung wird nachgewiesen, daß gerade in den ärmsten Provinzen des Staates die Salz-Consumtion am größten sei, und auffallend ist es allerdings, daß während in Schlesien etwa 17 Pfd., in Sachsen 16 Pfd. zc. Salzverbrauch auf den Kopf durchschnittlich zu rechnen sind, diese in der Mark nur 14 Pfd. beträgt. Hr. v. Bülow-Cummerow findet den Grund in dem Schmuggelhandel, der längs der Mecklenburgischen Gränze betrieben wird, und aus der im Buche enthaltenen Zusammenstellung geht allerdings hervor, daß in allen Provinzen, die an der Gränze liegen, die geringere Salz-Consumtion stattfindet. Dieser Schmuggelhandel und die verderblichen Folgen, die er auf die Moralität der Bewohner der Gränze hat, die groben Excesse, zu welchen er Veranlassung gibt, sind es wiederum, die über ein solches Monopol das Verdammungsurtheil aussprechen. Aber auch hiermit, fährt der Verfasser fort, ist das Sünden-Register desselben noch nicht geschlossen; auch auf den Ackerbau und die Viehzucht wirkt der hohe Preis des Salzes sehr nachtheilig. Zwar wird in neuerer Zeit das Viehfutter etwas billiger erlassen, allein immer noch nicht billig genug, um mehr im Großen angewandt werden zu können. Alle diese Ursachen sind es, weshalb sich die allgemeinen Wünsche dahin vereinigen, eine Steuer aufgehoben zu sehen, die an so großen Mängeln leidet und es kaum mithin aller Einwendung ohnerachtet nur für sehr zweckmäßig gefunden werden, daß durch den Erlaß von drei Thalern pro Tonne ein sehr wesentlicher Schritt zu einer künftigen weiteren Aufhebung dieses Monopols gemacht ist. — Den Abschnitt „Verwaltung“ schließt Hr. v. Bülow-Cummerow mit ausführlichen Betrachtungen und Berechnungen über die Grundsteuer in Preußen. Er beweiset, daß zu den direkten Steuern die verständigsten Theile der Monarchie nach ziemlich gleichen Verhältnissen beitragen und daß auf keinen Fall die westlichen Provinzen Ursache haben, sich gegen die östlichen verlegt zu fühlen. Dagegen würde ein spezieller Vergleich der einzelnen Provinzen unter sich ergeben, daß besonders ein Theil von Sachsen und von Westphalen wirklich theilhaftig sind, nicht sowohl wegen der Höhe der Grundsteuer, als deshalb, weil die ihnen unter der Fremdherrschaft aufgelegte Grundsteuer bei der Wiedervereinigung mit Preußen nicht abgenommen worden ist, wozu sie ganz vollkommen begründeten Anspruch hatten. Inzwischen wenn die Regierung alle diejenigen Forderungen vergüten sollte, welche aus der frühern, verhängnisvollen Zeit mit Recht an sie gemacht werden könnten, so würde sich das Beispiel Frankreichs bei uns erneuern, wo die Forderungen der Emigranten liquidirt und in das große Schuldbuch eingetragen wurden. — Preußen hat nun aber kein solches Schuldbuch und so wird es wohl am besten sein, die Sachen beim Alten zu lassen und diese Ansprüche, wie so viele Andere der Vergessenheit zu übergeben. — Sehr interessant ist der ausführlich motivirte, im Buche selbst nachzulesende Beweis, daß nicht die Gutsherren der Marken, Pommerns, Preußens und Schlesiens steuerfrei seien, sondern im Gegentheil ihre Bauern. Daß ferner die Grundsteuer in den Marken und Pommern im Ganzen geringer sei, als in andern Provinzen der Monarchie, wäre nicht zu bezweifeln, allein es hätte seinen eigenthümlichen Grund darin, daß von diesen Theilen des Staates die Eroberungen ausgegangen seien, daß sie nie unter Fremdherrschaft gestanden und mithin in dieser Beziehung die Gesetze und niemals die Willkür bei ihnen stets vorgeherrschaft hätten. — Die hohe Grundsteuer, welche Schlesien zahlt, sei von Friedrich dem Großen nach der Besignahme dieser Provinz auferlegt. Als Aequivalent für diese Last erließ er die hohe Accise und andere indirekte Steuern, welche sie unter österreichischer Herrschaft gezahlt hatten. Für den Augenblick verloren sie nicht dabei, allein desto mehr, als auch diese wieder eingeführt wurden. — Auch die Rheinprovinz, Westphalen und Sachsen, sind durch die Macht des Stärkeren zur Bezahlung der Grundsteuer gekommen. — Der nun folgende Abschnitt „Deutschland“ wird den Inhalt meiner ferneren Mittheilung bilden.

○ Berlin, 18. März. So eben komme ich aus dem Atelier unsers genialen Meisters Riß, woselbst ich eine Stunde im Anschauen der Statue jenes großen

*) Vergl. Nr. 57 und 61 der Bresl. Ztg.

Ersetzung desselben durch die Theilung der Stimmen vor. Montag findet die Entwicklung des Entwurfs statt. Herr de Sade giebt ebenfalls Kenntniß von seinem parlamentarischen Reformantrage. Dienstag findet die Entwicklung desselben gleich nach der ersten Proposition statt. Herr Lespinasse beginnt darauf eine Diskussion über die Frage, ob die Kammer das Recht habe, einem ihrer Mitglieder zu verweigern, das Ministerium zu interpelliren. Der Präsident erklärt, daß dies Niemand verweigert werden könne, aber es stehe der Kammer zu, ihre Tagesordnung zu bestimmen. Graf Lascazes legt den Bericht über das Gesetz vor, welches 2,500,000 Frs. für Guadeloupe bestimmt. Die Kommission trägt auf Annahme an. Man will sogleich abstimmen, allein dies ist gegen das Reglement und wird daher die Debatte auf morgen vertagt und die Diskussion des Notariatsgesetzes fortgesetzt. — Man unterhält sich in der Kammer blos von dem Unglück in Guadeloupe. Heute will man die Zahl der Todten auf 5000 und die der Verwundeten auf 3000 bestimmen. Den gesammten Schaden berechnet man auf 50 Mill. Franken. Die Feuerbrunst nach dem Erdbeben ist durch Lavaströmung entstanden; es stiegen schwefelartige Dämpfe aus der Erde hervor. — Die Kommission über die Zuckerfrage soll das Regierungsvorprojekt mit einer Mehrheit von 6 Stimmen gegen 1 verworfen haben.

Gestern hat sich in der Pairskammer die mit der Prüfung des Gesetzentwurfes über die geheimen Ausgaben beauftragte Kommission versammelt, und Hr. Rossi zum Berichterstatter ernannt. Uebermorgen, den 16ten, tritt die Kommission wieder zusammen; Herr Rossi zeigt als Berichterstatter in der „Revue des deux mondes“ kein großes Vertrauen zu dem Ministerium.

Der König hat aus den zehn Kandidaten für die Mairie des zweiten Arrondissements von Paris den allerlehten, Herrn Torras, einen Banquier, gewählt. Alle Kandidaten gehörten mehr oder minder zur Opposition.

Man hört, Hr. Thiers habe den bairischen St. Hubertorden erhalten.

Die legitimistische „France“ behauptet, Don Carlos habe seit seiner Ankunft zu Bourges schon zu drei wiederholten Malen an den König Louis Philipp geschrieben, um seine Pässe zu fordern; man habe sich indeß damit begnügt, Hr. von Tiran an Don Carlos abzuschicken, um demselben mündlich mitzutheilen, daß man wohl wünsche, ihm die Pässe zu geben, daß solches aber nicht möglich sei.

Spanien.

Madrid, 6. März. Die Wahlen sind beendet, und, nach den Blättern zu urtheilen, ganz zu Gunsten der Regierung ausgefallen. Alle Kandidaten werden mit ungemein großer Stimmenmehrheit gewählt. In Guipuzcoa und Biscaya hat die Opposition, in Alava die ministerielle Partei gesiegt. In der Provinz Valladolid fiel die Mehrzahl der Wahlen auf Ministerielle; in der Provinz Santander aber siegte die Coalition; in Navarra scheint die Ministerpartei die Oberhand zu haben. — Zu Saragossa fanden am 3ten ernstliche Unordnungen im Theater statt. — Am 5ten hielt die demokratische Partei eine Versammlung in der Magdalenastraße, weil die Behörden ihr ein Theater verweigert hatten. Den Vortritt führte der Herausgeber des „Huracan“, N. Navarria. Er stieg auf eine Steinbank und hielt eine Rede, worin er den Vorschlag zur Gründung eines demokratischen Vereins machte, der folgende Zwecke haben soll: 1) die Gründung eines Fonds zur Unterstützung der Demokraten, welche unter der Gewaltthätigkeit der Regierung gelitten haben; 2) die Stiftung eines Lehrstuhles, welche durch Vorlesungen die demokratischen Grundsätze verbreite; 3) die Eröffnung eines Lesesaales, in welchem Menschen von allen Klassen die in- und ausländischen Journale lesen können. Während Navarria sprach, haranguirten auch Andere das Volk und es entstand ein solches Gelärm, daß endlich der Distriktsalkade erschien und die Versammlung auflöste. — Die Unordnungen im Theater von Saragossa wurden durch den Ayuntamiento veranlaßt, der einem Zuschauer nicht erlauben wollte, einer Schauspielerin einen Kranz aufzusetzen. Der Ayuntamiento befahl, die Vorstellung zu beenden, ward aber vom Publikum gezwungen, den Befehl zu widerrufen. Am andern Tage gab der Ayuntamiento seine Entlassung ein. (N. 3.)

Portugal.

Lissabon, 6. März. Die Pairs-Kammer hat den Beschluß gefaßt, daß die Ernennung zum Bischof von Seiten des Souveräns genüge, um dem so ernannten Prälaten Sitz und Stimme in der Pairs-Kammer zu geben. Diese Entscheidung streitet gegen die Präzedenzen, welche der Internuntius bei den letzten Unterhandlungen zwischen der Regierung und dem päpstlichen Stuhle geltend zu machen gesucht hat, und denen zufolge die Bischöfe nicht eher als solche anerkannt werden sollen, noch irgend ein mit der bischöflichen Würde verbundenes Recht ausüben dürfen, als bis sie die Bestätigung des Papstes erlangt haben. Auch die Deputirten-Kammer hat sich in dem Sinne, wie die Pairs ausgesprochen, und sich selbst tadelnd darüber geäußert, daß die Regierung dem päpstlichen Hofe die Er-

nennung von zwei unter je acht Bischöfen zugestanden hat, worin sie eine offenbare Verletzung der Rechte der lutherischen Kirche erblickt. — Die Deputirten-Kammer diskutiert noch über die Dourowein-Gesellschaft; man glaubt nicht, daß die der Gesellschaft bekanntlich bereits bewilligte Subvention bezahlt wird, wenn der Handels-Vertrag mit England zu Stande kommt. (B. 5.)

Niederlande.

Haag, 12. März. Die Regierung scheint energisch ihr Dekonomie-System fortsetzen zu wollen. Man weiß bereits, daß die Armee um 7000 Mann vermindert werden soll. Heute hat auch der König ein Edikt unterzeichnet, durch welches eine Alt-Universität aufgehoben werde, welche die Regierung in Franeker unter dem Namen eines Athenäums unterhielt; dieselbe war zwar ziemlich besucht, aber sehr entbehrlich für die Wissenschaft.

Schweiz.

Bern, 12. März. Herr Herwegh ist in der vergangenen Woche in dem basellandschaftlichen Dorfe Baselaugst zum Bürger angenommen worden.

Die katholische Staatszeitung versichert, mit Gewißheit behaupten zu können, daß das österreichische Kabinett an den Vorort über sein Benehmen in der Klostersache nicht die leiseste Mißbilligung ausgesprochen, überhaupt darüber nichts an denselben mitgetheilt habe.

Graubünden. Am 5. März wählte eine Partei in Tamins eine neue Ortsobrigkeit, ohne daß die Amtszeit der bestehenden ausgelaufen war. Ein Dekret des kleinen Rathes hatte sie vergebens vor diesem ungesetzlichen Schritte gewarnt. Der kleine Rath sah sich daher auf Instanz der rechtmäßigen Obrigkeit veranlaßt, einen Regierungs-Kommissär in der Person des Herrn Alt-Bundespräsidenten Chr. v. Albertini dorthin zu beordern, um die gesetzliche Ruhe wieder herzustellen, und die Anerkennung der rechtmäßigen Obrigkeit zu bewirken. Allein die Aufrechterklärten, der Aufforderung des kl. Rathes nicht Folge leisten zu müssen, noch zu wollen, und beharrten in ihrer Widerspänstigkeit gegen die Obrigkeit. Auf diese traurigen Berichte hin beschloß die Landeskommission am 9ten Vormittags, wenn die Aufrechterklärten in Zeit von 48 Stunden nicht zur Ruhe zurückkehren und die Obrigkeit anerkennen würden, sollen strenge Exekutionsmaßregeln gegen dieselben getroffen werden.

Tessin. Ein Brief aus Lokarno vom 11. März läßt keinen Zweifel mehr übrig über die Entdeckung und Bereitelung eines wirklich vorhandenen gewesenen Komplotts der politischen Flüchtlinge.

Osmanisches Reich.

Von der türkischen Grenze, 4. März. Allen Berichten aus Konstantinopel zufolge, gestalten sich die Verhältnisse zwischen Rußland und der Pforte aus Anlaß der serbischen Differenzen in hohem Grade kritisch und ein förmlicher Bruch scheint unvermeidlich, wenn die Pforte nicht bald von ihrem bisherigen System abgeht. Herr v. Buteneff soll bereits Anstalten treffen, die auf die Möglichkeit hindeuten, Konstantinopel schnell verlassen zu müssen. Das Gerücht, daß Oesterreich die Vermittelung zwischen beiden Staaten übernehmen solle, scheint sich nicht zu bestätigen. — Aus Serbien hört man fortwährend nichts Gutes; überall Unruhe und Unzufriedenheit. Die sogenannte Amnestie reduzierte sich auf eine bloße Wiederholung der Aufforderung an die Flüchtlinge: um Bewilligung zur Rückkehr einzukommen. Noch hat inbessen nicht Einer der Flüchtlinge von dieser armen Anordnung Gebrauch gemacht. (N. 3.)

Das Echo de l'Orient schreibt: Die Regierung hat von dem Gouverneur von Syrien, Essad Pascha, Depeschen erhalten, welche äußerst günstig lauten. Ruhe und Ordnung herrschten auf allen Punkten jener Provinz. Die Installation des neuen Kaimakans hatte in der größten Ordnung stattgefunden, und von keiner Seite, ja nicht einmal von den Diebel-Distrikten waren Klagen eingelaufen, woraus zu entnehmen wäre, daß auch die Unruhen, von welchen daselbst die Rede war, von keinem Belange gewesen sind. — Den 19. Februar ist die Consecrirung der neu reconstruirten Peter- und Paulskirche zu Galata in Konstantinopel mit großem Pompe vor sich gegangen, wozu ungeheure Vorbereitungen waren getroffen worden. Die ganze Geistlichkeit von Konstantinopel, alle Repräsentanten der katholischen Höfe mit ihren Missionsbeamten, endlich der gesammte einschlägige Handelsstand wohnten dieser religiösen Feierlichkeit bei. Unter den Anwesenden wurde der Generalstab und die Mannschaft der im Hafen der Hauptstadt eben weilenden Französischen Kriegsbrigg „La Flèche“ bemerkt.

Der in Jerusalem residirende protestantische Bischof Alexander war an Bord des Dampfschiffes „Cyclope“ von Beirut nach Jaffa gebracht worden, wo er mehrere Unterredungen mit dem Pascha hatte. Ueber die auf den Bau seines neuen Wohnhauses bezüglichen Reklamationen desselben war nach Konstantinopel berichtet worden. — Der bisherige Gouverneur von Jerusalem ist zurückberufen worden. — Obiges Blatt meldet ferner aus Smyrna vom 24. Februar: Nachdem Se. Exc. der bisherige Gouverneur von Adin, Smyrna und dessen Umgebungen, Salih Pascha, nach seinem neuen

Gouvernement von Boli abgehen muß, so ist der Nachter der Zölle in Smyrna, Hamdi Bey, gewählt worden, um in der Eigenschaft eines provisorischen Deputirten die Verrichtungen eines Gouverneurs von Smyrna zu versehen. Se. Exc. Yakub Pascha, welcher dem erstgenannten Pascha als Muschir von Adin und dessen Dependenzien ersetz, soll in letzterer Stadt seinen Sitz aufschlagen, und auf seiner Durchreise durch Smyrna einen definitiven Kaimakan (Deputirten) für die Stelle eines Gouverneurs dieser Stadt erwählen. Wir erwarten von seiner Weisheit, daß er die Unvereinbarkeit der Attributionen eines Gouverneurs mit jenen eines Zollpächters gehörig zu würdigen wissen wird.

Berichte aus Alexandrien vom 13. Februar sprechen von dem Vorhaben Mehemed Ali's, den damaligen Sultan von Darfur, Kas Hussein, durch dessen Heim, Abu Medina, zu erfassen, und zu diesem Ende eine Expedition zu veranstalten. — Mehemed Ali hat sich diesfalls an die hohe Pforte gewendet, jedoch, wie es scheint, nur vorstellend, daß es sich darum handle, den Abu Medina, der ein eifriger Muselman sei, an die Stelle des Usurpators Hussein, der an nichts glaube, einzusetzen, und zwar mittelst der Partei der dem Präsidenten anhängenden zahlreichen Eingebornen, ohne besondern Beistand von ägyptischer Seite. — Mehemed Ali bisher von der Pforte keine Antwort erhalten hat, betreibt er dennoch die Ausrüstung sehr eifrig, so daß diese in wenigen Tagen vollendet sein wird. Hinsichtlich des Zweckes der Expedition giebt er dem Einen die Einsetzung des rechtmäßigen Erben, dem Andern die Lenkung der Karavane, dem Dritten Anschaffung von Zugvieh u. s. w. an; am Ende aber wird es wohl auf Knechtung und Plünderung dieses bisher von Türken und Ägyptiern verschonten Landes abgesehen sein. — Die dahin bestimmten Albanesen sprechen von nichts als von dem großen Reich, welches aus siebenzehn Königreichen bestehe, worin Berge von Gold sich befinden, und wo die Einwohner silberne Schuhe tragen. Sie haben ihre Beute im Voraus berechnet.

Der berühmte Häuptling der Behabiten, Faisal, den Churschid Pascha, vor 5 Jahren im Dervich, dem Hauptsitz dieser Sekte im wüsten Arabien, nach einer mörderischen Schlacht gefangen genommen und nach Egypten gesendet hatte, ist in der Nacht vom 5ten d. Mts. aus der Citadelle von Cairo, wo er in strenger Haft war, auf eine merkwürdige Weise entkommen. Als er nämlich bemerkt hatte, daß einige Beduinen, die er für die Seinigen erkannte, sich der Citadelle genähert hatten, bemächtigte er sich seiner Wächter, zwang sie, sich mit ihm und mit seinem Gefolge, acht Personen in Allem, an einem Seile die nahe an 300 Fuß hohe Felsenmauer hinauf zu lassen, mit ihm die Dromedare zu besteigen und durch die Flucht in der Wüste das Heil zu suchen. Am 12. Februar kam die Nachricht an, daß die Fliehenden wohlbehalten in Et-Triech angelangt waren, nachdem sie die 29 deutsche Meilen lange Wüsten in 20 Stunden, ohne anzuhalten, passiert hatten. — Auffallend ist es, daß die Beduinen aus dem fernen Nedschd mit etwa 40 Dromedaren der Citadelle von Cairo sich haben nähern und seit drei Jahren in der Umgebung, von Allen bemerkt, haben weilen können, ohne ihre Absicht zu verrathen.

Amerika.

Nach Berichten vom 20. Februar aus New-York hat die Comité der auswärtigen Angelegenheiten im Repräsentantenhause einen ungünstigen Bericht über die im Senate angenommene Bill wegen des Oregon-Gebietes abgegeben, und die Sache wird dadurch wohl vorläufig beiseite gerückt sein. Andererseits wird indeß behauptet, daß Mitglieder der Bill nur deshalb nicht günstig sind, weil sie dieselbe für überflüssig halten und glauben, daß die Regierung hinreichende Macht besitze, Diejenigen zu schützen, welche geneigt sein möchten, sich im Oregon-Gebiete oder in irgend einem andern unbedauten Landstriche niederzulassen. — Nach Berichten aus Hayti soll im südlichen Theile der Insel eine Insurrektion ausgebrochen sein.

Unter den zahllosen Privatbriefen aus Guadeloupe, welche die Pariser Blätter mittheilen, heben wir das nachstehende des Herrn Foigen, Königlichem Procurator in Pointe-à-Pitre, heraus: „Als der erste Erdstoß sich spüren ließ, war ich auf dem Wege nach dem Messinhofe; ich kehrte aber sogleich um und begab mich in das Zimmer meiner Frau, um sie zu beruhigen, da ich keine ernststen Folgen fürchtete. Beim Hinaufsteigen bemerkte ich aber schon, daß die Treppe unter meinen Füßen heftig schwankte, und ich hielt es für besser, meine Frau hinunter zu bringen; dies gelang mir mit großer Schwierigkeit, indem die Stufen unter unseren Füßen wichen und wir beständig von einer Seite zur andern geworfen wurden. Unten angekommen, sahen wir, daß die Balkons und die Mauern einstürzten, und blieben deshalb unter dem Thorwege stehen. Gleich darauf erfolgte aber ein so fürchterlich heftiger Stoß, daß Alles zusammenstürzte. Ich suchte meine Frau zu schützen, so gut“ (Fortsetzung in der Beilage.)

Dienstag den 21. März 1843.

(Fortsetzung.)

ich konnte, aber wir wurden Beide niedergeworfen und mit den Trümmern des eingestürzten Hauses bedeckt. Meine Frau war am Kopfe und an der Schulter verwundet; ich fühlte, daß mein linkes Bein zermalmt war, und daß mir das Blut über das Gesicht lief. Hätten wir nicht innerhalb des Hauses gestanden, so würden wir unfehlbar erschlagen worden sein; unsere arme Schwester stürzte in ihrer Angst auf die Straße und fand sogleich unter den Trümmern ihren Tod. Unmittelbar nach dem Einsturz des Hauses konnten wir keinen Gegenstand unterscheiden, da Alles in dichten Staub eingehüllt war. Wir riefen laut um Hülfe, aber es verging eine geraume Zeit, ehe man uns irgend eine Aufmerksamkeit schenkte. Ich war bewusstlos, als man mich herauszog, aber meine Frau erzählte mir, daß mein Anblick schrecklich gewesen sei. Als ich wieder zur Besinnung kam, wünschte ich, nach dem Theile der Stadt getragen zu werden, wo das Feuer wüthete, und bemühte mich dort, den Muth und die Thätigkeit der Einwohner aufrecht zu erhalten. Es wurde aber bald augenscheinlich, daß Alles verloren war, denn die Spritzen waren zertrümmert, und es konnte kein Wasser herbeigeschafft werden. Man trug mich und meine Frau über Haufen von Leichen nach dem Platz de la Victoire. Hier waren wir Zeugen einer Scene, die durch Worte nicht geschildert werden und von der man sich keinen Begriff machen kann. Zahllose Einwohner liefen schreiend durch einander und suchten unter den Todten, Sterbenden und Verwundeten ihre vermissten Verwandten. Man hatte sich auf eine Matratze gelegt. Zwischen uns drängte sich ein kleines nacktes Kind, schön wie ein Engel, das sich an uns klammerte und uns nicht verlassen wollte. Zu unserer Rechten lag eine Frau, der das Bein amputirt worden war, und zu unserer Linken ein fürchterlich verstümmelter Mann, mit Blut bedeckt. Rings um uns her hörten wir nichts als Geschrei, Stöhnen und Wehklagen; ich werde diese Töne nie vergessen. Ein Arzt versuchte, mir zur Ader zu lassen, aber seine Lanzette war durch den häufigen Gebrauch so stumpf geworden, daß er die Ader nicht öffnen konnte. — Das Feuer hat Alles zerstört, was vom Erdbeben noch verschont geblieben war, und eine Bevölkerung von 15,000 Seelen hat in wenigen Minuten Alles, was sie besaß, aber auch Alles, Alles verloren. — Pariser Briefe melden unter anderem noch folgende Details aus der Stadt Pointe-à-Mitre. „In einem Hause waren 2 junge Mädchen durch den Einsturz einer Mauer von ihrer Mutter getrennt und unter den Trümmern verschüttet worden, indes durch eine Fügung der Vorsehung waren sie unverletzt am Leben geblieben und konnten um Hülfe rufen. Man sucht ihnen diese sogleich zu bringen, beginnt mit Eifer die Arbeit, um sie aus den Trümmern hervorzuziehen, aber furchtbares Geschick: Feuer bricht aus und hindert die Arbeitenden, das Befreiungswerk fortzusetzen, und die unglücklichen Kinder müssen so zu sagen vor den Augen ihrer Mutter verbrennen! — Den Ingenieur Nadau, Mitglied des Kolonial-Raths, der seine ganze zahlreiche Familie verloren hat, sah man einem Wahnsinnigen gleich durch die Straßen daher eilen, seinen Trauring in der Hand, und darauf hindeutend mit dem Ausrufe: „Das ist Alles, was mir von den Meinigen übrig geblieben ist!“ — Im Amerikanischen Kaffeehause waren etwa ein Duzend Personen in einer Art Gewölbe versammelt und wohnten der Ziehung eines Lotteriespiels bei. Da erfolgt der Erdstoß, und ringsum stürzt Alles zusammen, aber das starke Gemäuer des Gewölbes widersteht, und die darunter Befindlichen bleiben unverletzt und können um Hülfe rufen. Aber plötzlich zerspringt ein Faß mit Theer, dieses geräth in Brand und Alle gehen zu Grunde bei dem reißend schnell um sich greifenden Feuer. — Der Hofen hielt gerade damals seine Sitzungen im Justiz-Palaste. Hätte gerade im fatalen Augenblicke eine Verhandlung stattgefunden, so wären Richter, Geschworene und Auditorium verloren gewesen. Denn der Justiz-Palast hat nur sehr enge und schmale Aus- und Eingänge, so daß bei dem Gedränge, wie es im Augenblicke der Gefahr sicher entstanden wäre, schwerlich Jemand sich hätte retten können. In der That war der Justiz-Palast eines der ersten Gebäude, die einstürzten. Glücklicherweise und durch eine wahre Schickung der Vorsehung, hatte aber am Tage zuvor einer der durch das Loos bestimmten Assessoren den Präsidenten gebeten, die Eröffnung der Verhandlungen auf elf Uhr, statt auf zehn Uhr festzusetzen, weil es ihm wegen seiner Dienstpflichten als Arzt nicht möglich wäre, früher zu erscheinen. Der Präsident des Hofens ging auf den Antrag ein, und so wurde eine große Anzahl Menschen gerettet, und namentlich die Mitglieder des königl. Gerichtshofes, die sonst unrettbar zu Grunde gegangen wären. — Indes, sollte man es glauben, selbst solche grausenhafte Scenen des Jammers und des Elends vermochten nicht, die

Stimme der Habsucht verstummen zu machen. Ich will hier nicht von den vorgefallenen Diebereien sprechen, welche die Blätter in ihren Berichten fast ausschließlich den Matrosen eines amerikanischen Handelsschiffes, das im Hafen vor Anker lag, beimessen wollen, und von welchen mehrere wirklich auf der That ertappt, oder nachher wegen Besitzes von auffallend starken Summen Geldes und anderer kostbarer Gegenstände, worüber sie sich nicht zu rechtfertigen vermochten, verhaftet und vor Gericht gestellt wurden. Ich will nur im Vorbeigehen bemerken, daß nach glaubwürdigen Briefen auch Kreolen und Neger bei diesen Raubscenen theilhaftig gewesen, ja daß das erbitterte Volk, als es einige dieser Elenden auf frischer That packte, ohne viele Umstände zu machen, kurzweg selbst das Richter- und Vollstreckeramts zugleich übernahm und diese Individuen ohne Weiteres massakirte. Davon aber will ich sprechen, daß Elende anderer, aber gewiß nicht weniger schmachtvoller Art, denen es gelungen war, Gegenstände erster Nothwendigkeit, namentlich Lebensbedürfnisse, Speisen und Getränke noch in Sicherheit zu bringen, die Noth und Entblößung ihrer Mitmenschen, ihrer Mitbürger noch zum Gegenstande und Anlasse der schändlichsten Spekulation und Gewinnsucht zu machen suchten, indem sie die Preise dieser Lebensbedürfnisse auf eine, alles Maß und alle Billigkeit überschreitende Höhe steigerten, weshalb der Maire der Stadt, mit Gutheißung des Gouverneurs der Insel, um diesem verabscheuungswürdigen Wucher ein Ende zu machen, sich genöthigt sah, ein Preismaximum für die einzelnen Speisen und Getränke und Früchte festzusetzen, mit der Androhung, daß jeder Händler mit dergleichen Waaren, der sich ertappen ließe, die in dem zu diesem Zwecke festgesetzten Tarife angegebenen Preise zu überschreiten und mehr zu fordern, sogleich der städtischen Behörde angezeigt werden solle, welche Maßregeln getroffen habe, um dergleichen schamlose Spekulationen zu zwingen, daß sie Alles, was ihnen an Waaren bliebe, ohne weiteres in das Depot der Vorräthe abgeben müßten, und zwar nur zu den Preisen, welche vor der Katastrophe vom 8. Febr. für die verschiedenen Gegenstände bestanden hatten. — Der Gouverneur der Insel, Contre-Admiral Gourbeyre, so wie die städtische Behörde, scheinen, gleich nachdem man von dem ersten darniederliegenden Schrecken zurückgekommen war, vollkommen ihre Stellung, und die Anforderungen, welche sie zu befriedigen berufen sind, begriffen und eine außerordentliche Umsicht und Thätigkeit entwickelt zu haben, wie aus den von ihnen erlassenen höchst zweckmäßigen Anordnungen zu Linderung des Elends und Vorbereitung einer möglichst erträglichen Zukunft für die Bevölkerung unbestreitbar hervorgeht. So hat der Gouverneur schon vom 10. bis 15. Febr. vier verschiedene Verfügungen im Interesse des allgemeinen Wohls erlassen. Am 10. Februar ertheilte er die Weisung, daß alle Familienväter ihre Frauen, Kinder und sonstigen arbeitsunfähigen Personen aus der Stadt zu entfernen hätten: daß dagegen jeder kräftige, arbeitsfähige Einwohner der zerstörten Stadt, unverzüglich zurückkehren solle, im Falle er dieselbe verlassen habe. Jede gesunde und kräftige Person in der Stadt ist angehalten worden, in derselben zu bleiben und sich zur Verfügung der städtischen Behörde zu stellen, deren Requisitionen sie Folge zu leisten hat. Die Schiffs-Kapitäne wurden angehalten, ihre Equipagen und Fahrzeuge zu Verfügung der städtischen Behörde zu stellen, und ihre Schiffe als Depot-Magazine dienen zu lassen. Die Truppen aller Waffengattungen sind gleichfalls zur Verfügung der städtischen Behörde gestellt worden, um derselben im Vollzuge der hier aufgezählten Maßregeln Beistand zu leisten. — Am demselben Tage hatte der Maire der Stadt, Herr Champy, der erst wenige Tage zuvor sein Amt angetreten hatte, die Entscheidung erlassen, daß unverzüglich zur Begränzung des Schutzes und Freimachung des Terrains geschritten werden solle. Zu diesem Ende, und um in die Arbeiten Ordnung und Regelmäßigkeit zu bringen, theilte er die ganze Stadt in vier Abtheilungen. Für jede von diesen wurde ein eigener Chef ernannt, welcher die Arbeiten zu leiten hat, und ermächtigt wurde von der Militärbehörde eine Patrouille von 10 Mann zu verlangen, um den Vollzug seiner Anordnungen zu sichern und Leute zu den Frohnarbeiten herbeizuschaffen. Die Aufgabe dieser bestand in der Freimachung der Straßen, Wegschaffung der Leichname und Transport derselben nach den zu ihrer Begrabung bestimmten Orten. In einer andern Verfügung hat der Maire, um die Kräfte der im ersten Augenblicke herbeigesetzten Matrosen und der Militärs zu schonen, einen Ausruf an alle seine Mitbürger zur Theilnahme an diesen Arbeiten erlassen. Jedem, der sich zu den vorerwähnten Arbeiten freiwillig stellte, wurden außer der Ration Lebensmittel noch eine Bezahlung von 2 Fr. für den Tag gewährt. Am 13ten endlich wurde durch den Gouverneur ange-

ordnet, daß jedes Individuum, das im Besitze von Gegenständen, die aus dem Erdbeben gerettet wurden, sich befände, ohne sich über die Rechtmäßigkeit dieses Besitzes ausweisen zu können, und das nicht binnen 48 Stunden dieselben auf die Mairie niedergelegt haben würde, den Gerichten zur Bestrafung überliefert werden solle. Gleiches ist denen angedroht, die ohne Beisein und Erlaubniß der Behörde und des Eigenthümers Nachsuchungen auf fremdem Eigenthum anstellen würden.“

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 17. März. Die durch öffentliche Blätter verbreitete Nachricht, daß zur Beförderung von Eisenbahnanlagen die Wirksamkeit der Seehandlung zu erwarten sei, hat in Schlessen die freudigsten Hoffnungen erweckt. Für diese Provinz, deren Handel an der langen Grenze gegen das Ausland zum Theil völlig stockt, zum Theil in hohem Grade sich beengt fühlt, ist die Eisenbahnfrage eine Lebensfrage. Für sie gibt es keinen Mittelweg. Gänzliche Abgeschlossenheit in kommerzieller Beziehung wird ihr unvermeidliches Loos sein wenn sie nicht durch Eisenbahn-Verbindungen mit dem Binnenlande und den großen deutschen Handelsstraßen sich Abzugswege für den Ueberfluß der Erzeugnisse, denen das benachbarte Ausland seine Grenzen verschließt, zu verschaffen weiß. Die Hoffnung, mit eigenen Kräften dieses Ziel zu erreichen, war in hohem Grade gesunken, nachdem sich gezeigt hatte, daß die vielen, während der letzten Jahre in öffentlichen Blättern besprochenen Vorschläge der Ausführung um keinen Schritt näher gebracht waren, und mehrere für niederschlesische Eisenbahnzwecke zusammen getretene Vereine sich wieder auflösten. Um so freudiger wurde die Nachricht aufgenommen, daß ein Institut, dem die Provinz schon so manche industrielle neue Anlage verdankt, nun auch eines Werkes sich annehmen wolle, von dessen Ausführung die kommerzielle Wichtigkeit der Provinz Schlessen für alle künftige Zeiten allein abhängig ist. (Eingefandt.)

Fauer, 10. März (Verspätet.) Die hiesigen „Unterhaltungs-Blätter“ theilen folgenden Bericht aus der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 3. März (anwesend 35 Mitglieder, abwesend 1 Mitglied) mit: § 1. Auf Grund der Berathung am 17. Februar heute beschlossene folgende Petitionen durch unsern Abgeordneten, Herrn Justizrath Reymann, an den Provinzial-Landtag gelangen zu lassen, und demnächst einen Wohlthät. Magistrat um dessen Begutachtung, resp. Bestimmung zu ersuchen. — Der Herr Deputirte wird unter andern ersucht: § 2. Zu bevormunden die Deffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, sowohl in Civil- als Kriminalprozessen. — § 3. Zu beantragen: die Veröffentlichung aller Landtags-Verhandlungen mit Benennung aller Deputirten, welche für und wider gesprochen haben, um zu wissen, ob die Gewählten auch das Vertrauen gerechtfertigt haben, welches man durch ihre Wahl in sie gesetzt hat. — § 4. Vorstellungen zu machen gegen das projectirte neue Ehescheidungs-gesetz, dagegen aber auf Verhinderung leichtsinniger Eingehung von Ehen anzutragen. — § 5. Zu beantragen: daß das längst entworfene und verbesserte, von dem Gewerbestande der ganzen Provinz sehr erwünschte, neue Gewerbe-Polizeigesetz zur Ausführung gebracht, und wo möglich der verderbliche Hausfirhandel aufgehoben oder in Schranken gesetzt werde. — § 6. Zu beantragen: daß Fiscus auch Verzugszinsen von zurückstehenden Geldern bezahle. — § 7. Vorstellungen zu machen gegen das projectirte Gesetz über Benutzung der Privatflüsse, Behufs der Wiesenbewässerung, da daraus Gefahr und Schaden für alle des Wassers bedürftenden Fabrikanlagen zu befürchten ist, wogegen die Benutzung der Gewässer seit Jahrhunderten abgegrenzt und berechtigt, auch die Bewässerung seit undenklichen Zeiten auch ohne Gesetz da ausgeübt worden ist, wo ältere Benutzungsrechte entweder nicht vorhanden oder reuert worden waren.

Mannigfaltiges.

— Der berühmte Zufreisende Mensch Ernst, der sich vorgenommen hatte, die Quellen des weißen Nils aufzusuchen, wurde von der Ruhr befallen und starb zu Ende Januars in Syene. Reisende, die den Werth dieses Mannes kannten, haben ihn an der ersten Kataracte des Nils zur Erde bestattet.

— Aus Köln schreibt man der Zeit. D. P. A. Z.: „Der Wunderschäfer zu Niederempt, zu dem Tausende von Kranken von fern und nah pilgerten, um Hülfe zu finden, ist an einer Brustkrankheit gestorben und so hat dies Unwesen, welchem zur Schmach des neunzehnten Jahrhunderts selbst die gebildeteren höheren Stände, viele katholische Adelige huldigten, aufgehört. Man kann da wohl sagen: les extrêmes se

*) Das Gesetz ist bereits im 7ten Stück der Gesessammlung publizirt worden.

